



**Dokumentation
NS-Geschäfte
der Welfen
Seiten 4 und 5**

Atomares Zwischenlager durch die Hintertür:

Obwohl die Corona-Pandemie die Nachrichten dominiert, steht die Welt auch bei anderen wichtigen Themen nicht still. Dies wird besonders deutlich bei einem Thema, von dem die Menschen im Braunschweiger Land aufgrund der Asse, Schacht Konrad sowie Eckert & Ziegler besonders stark betroffen sind: der radioaktiven Müll-Problematik und den damit zusammenhängenden Gefahren und Risiken. Die Gefahr durch die gigantische Strahlengenehmigung der Nuklearfirma Eckert & Ziegler und das Versagen des Umweltministeriums wird inzwischen durch Braunschweiger Bürger*innen gerichtlich ... weiter auf Seite 2



Inhaltsverzeichnis

BS Energy verliert Stromprozess	Seite 2
Flughafen und Schlossmuseum	Seite 3
Stadtauben und Radentscheid	Seite 6
Schotter – Gärten des Grauens	Seite 7
Neugestaltung Viewegs Garten	Seite 7
Jugendproteste vor Siemens	Seite 8
Kein Ehrengrab für Hans Sommer	Seite 8



Wir brauchen einen Klima-Rettungsschirm

Die Coronakrise ist ein laues Lüftchen, verglichen mit dem Tornado der Klimakatastrophe. Diese bedroht alles Leben auf der Erde! Wir sind bereits mitten in einem großen

Mobilität für alle. Millionenzuschüsse für große Konzerne wie z. B. die Kohle- und Gasindustrie, Autokonzerne, die Lufthansa oder TUI, die die Klimakatastrophe befeuern. Kleine

rengegangenen 140.000 Arbeitsplätze werden wieder aufgebaut und vervielfacht. Jetzt ist es sogar vorteilhaft, dass wir viele Menschen aufgenommen haben, die aus Not fliehen mussten.

Sie sind die händeringend gesuchten Arbeitskräfte von morgen und stützen nebenbei unser Rentensystem. Steuerüberschüsse werden in Forschung und Bildung investiert. Durch Förderung moderner Bautechnik, Stadt- und Verkehrsplanung sparen wir über die Hälfte an Energie und CO₂-Erzeugung ein. Klimaschädliches russisches Erdgas, amerikanisches Fracking-Gas, Kohle- und Atomkraftwerke werden nicht mehr benötigt. Deutschland exportiert unschlagbar günstigen Ökostrom und saubere Technologien.

Dadurch brauchen auch unsere Nachbarländer ihre Atom- und Kohlekraftwerke nicht mehr und legen sie still. Landwirtschaftliche Naturzerstörung wird nicht mehr staatlich gefördert. Stattdessen erhalten kleinbäuerliche Betriebe der Biologischen Landwirtschaft Zuschüsse.

Wälder dürfen sich wieder natürlich regenerieren, statt als Fichtenholzplantagen für das Wald- und Artensterben mitverantwortlich zu sein. Moore werden renaturiert und speichern CO₂. Die Natur erholt sich. Wir werden weltweit führend im Klima- und Artenschutz. Unsere „Klimakanzlerin“ setzt sich für ein Ende der Ausbeutung der Länder des globalen Südens ein. Dadurch können die Menschen dort wieder unabhängig wirtschaften, ihre Armut überwinden und die Klimakrise überstehen. Dabei werden sie von der EU unterstützt. Kriege um Ressourcen enden, Fluchtursachen sind beseitigt und gibt es ein gutes Leben für alle weltweit! Man muss es nur wollen und machen. Sofort! *Edmund Schultz*



Foto: Extinction Rebellion Deutschland

Artensterben. Corona ist nur eine kleine Auswirkung davon. Bekommen wir das nicht schnellstens in den Griff, werden die nächsten paar Generationen die letzten sein. Das 1,5-Grad-Ziel bei der Erderwärmung ist dabei ein erster Schritt. Für diese riesige globale Aufgabe haben wir nur noch zehn Jahre Zeit! Die Coronakrise zeigt, dass Regierungen und Bürger*innen in der Lage sind, sehr kurzfristig alles auf den Kopf zu stellen, um Krisen zu lösen. Man muss es nur wollen und machen! Weltweit werden jetzt Konjunkturpakete von Milliarden bis Billionen Euro diskutiert. Mit diesen „Rettungsschirmen“ soll die Wirtschaft nach Corona wieder angekurbelt werden. Damit werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Es gibt zwei Möglichkeiten:

Unternehmen gehen leer aus und pleite. Weltweit steigen die Arbeitslosenzahlen. Die Corona-Finanzkrise bringt den Menschen Existenznot, Tod, Elend und neue Kriege um Ressourcen, hauptsächlich im globalen Süden. Milliarden Menschen müssen fliehen. Die Erde erhitzt sich weiter im Rekordtempo. Der Meeresspiegel steigt und vernichtet Länder wie z. B. Bangladesch oder die Niederlande.

Plan B – Klima-Rettungsschirme weltweit

Nur Unternehmen, die dem 1,5-Grad-Ziel nicht schaden, erhalten Corona-Zuschüsse, Bürgschaften und Kredite. Klimarelevante und medizinische Forschung sowie innovative Klimaunternehmen werden gefördert. Zukunftsarbeitsplätze werden von freiwerdenden Fachkräften aus der rückläufigen Kohle-, Erdöl-, Erdgas-, Auto- und Luftfahrtbranche besetzt. Die von der Großen Koalition zerstörten Unternehmen der Erneuerbaren Energien und die dadurch verlo-

Plan A - alles wie bisher

Produzieren, konsumieren, vergiften und zerstören auf „Deubel komm raus“. Auto-Abwrackprämien statt intelligenter, preiswerter und sauberer

Global Strike Day Fridays for Future BS



Am 24. April 2020 fand der fünfte globale Klimastreik der Fridays for Future-Bewegung statt. Statt Demonstrationen wurde dieses Mal allerdings auf den digitalen Streik, zum Beispiel in Form von Livestreams, gesetzt. Dabei war der Livestream von Fridays for Future Deutschland die größte digitale Demo weltweit. Insgesamt waren bis zum Abend des 24. April 214.000 Menschen dabei. In Braunschweig wurde für diesen Livestream auf dem Altstadtmarkt ein über 40 Meter langes Banner mit dem Schriftzug „UNITE BEHIND THE SCIENCE“ ausgerollt. Außerdem gab es einen musikalischen Beitrag der Braunschweiger Band MANIAX. Mit den Aktionen wollte Fridays for Future einmal mehr laut werden und

fordern, jede Krise als solche zu behandeln. Ob es sich um die Klimakrise oder die Coronakrise handelt, in jedem Falle sollte auf die Wissenschaft gehört und konsequent gehandelt werden. Die Krisen dürfen auf keinen Fall gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen beide entsprechend behandelt werden. Auch dürfen jegliche Fortschritte, die in der Klimapolitik bereits gemacht wurden, auf keinen Fall verloren gehen. Ein „zurück zu normal“ nach der Coronakrise ist nicht akzeptabel, denn „normal“ bedeutet, dass die Erde leidet. So sollten zum Beispiel Wirtschaftshilfen an Klimaziele geknüpft sein, um den nächsten Schritt zur Nachhaltigkeit und zum Klimaschutz zu schaffen. *Nele, FFF*

75 Jahre nach Befreiung der Konzentrationslager



Beteiligung des letzten Braunschweigischen Fürstenpaares an KZ-Ausbeutung lange verborgen. Jahr für Jahr gibt die Stadt erhebliche Mittel für die Glorifizierung von Ernst-August und Viktoria Luise im Schlossmuseum aus. Man sieht sich aber zu

einer „fundierte Meinungsbildung“ zum Thema „NS-Geschäfte der Welfen“ auch 75 Jahre nach Kriegsende nicht in der Lage. (Antwort der Dezernentin Frau Dr. Hesse vom 24.03.2020 auf Nachfrage unserer Zeitung).

Paukenschlag der Grünen

im Niedersächsischen Landtag zu Beteiligung des Welfen-Adels am Holocaust . . .

Ernst-August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg war das letzte regierende Mitglied der Welfen. Er war seit 1913 mit Viktoria Luise von Preußen, Herzogin zu Braunschweig und Lüneburg und Tochter des letzten Hohenzollern-Regenten, Kaiser Wilhelm II., verheiratet. Nach dem Sturz 1918 vom Braunschweigischen Thron

zog des Herzogpaar nach Österreich und versicherte Adolf Hitler 1933 treue Gefolgschaft. Ernst-August raubte sich ein Firmen-Imperium durch Arisierung jüdischer Unternehmen zusammen und baute u. a. mit am KZ Auschwitz. Dazu fragten nun die Landtags-Grünen in Hannover die Landesregierung:

... weiter auf Seite 4

Behörden gefährden Braunschweig

...weiter von Seite 1

„Zwischenlager durch die Hintertür“ angegriffen. In Braunschweig drohen darüber hinaus weitere Zwischenlager.

Die Nuklearfirma Eckert & Ziegler hat eine extrem hohe Genehmigung. Offizielle Berechnungsvorschriften zeigen, dass selbst die Freisetzung von lediglich einem Tausendstel der am Standort genehmigten radioaktiven Strahlung für das Braunschweiger Land gravierende Konsequenzen hätte. Noch in mehreren Kilometern Entfernung würden die Menschen durch die radioaktive Strahlung massiv geschädigt.

Umweltminister stützt sich auf überholte Störfallanalyse

Das Umweltministerium in Hannover stützt sich hingegen auf eine von der Nuklearfirma in Auftrag gegebene Störfallanalyse. Demnach sei auch in den direkt benachbarten Wohnhäusern und Schulen im Fall eines gravierenden Störfalls eine Evakuierung der zahlreichen Kinder und Bürger*innen nicht notwendig. Inzwischen ist klar, wie ein Schreiben Eckert & Zieglers belegt, dass in dieser Störfallanalyse 99,8 % der am Braunschweiger Standort möglichen Radioaktivität nicht berücksichtigt wurde. Auch die bei einem tatsächlichen Störfall im November 2017 betroffene Radioaktivität war erheblich höher als in dem vergleichbaren Szenario der Störfallanalyse.

Klage gegen untätiges Umweltministerium

Dem Umweltministerium ist diese Faktenlage bekannt. Konsequenzen wurden jedoch bislang nicht gezogen. Daher haben inzwischen mehrere braunschweiger Bürger*innen eine Klage eingereicht und wollen hierdurch die notwendige Rücknahme der extrem hohen Strahlengenehmigung erreichen. Möglich wurde diese Klage durch die finanziell tatkräftige Unterstützung durch den Rechtshilfefonds Strahlenschutz, ein eingetragener Verein aus ehrenamtlichen Braunschweiger*innen, die mit starkem persönlichem finanziellem Engagement auch Spenden einwerben und diese dann zu 100 % in die finanzielle Durchführung der Klage fließen lassen (Informationen unter www.biss-braunschweig.de).

Stadt genehmigt Zwischenlager bei Eckert & Ziegler

Auch der Stadtverwaltung Braunschweigs ist die von Eckert & Ziegler in Auftrag gegebene Störfallanalyse mit all ihren Schwächen bekannt. Die Stadt weiß auch, dass bereits die Freisetzung von einem winzigen Bruchteil der in Braunschweig genehmigten Radioaktivität katastrophale Konsequenzen hätte. Tausende Menschen müssten innerhalb von Minuten vor der dann freigesetzten radioaktiven



Protestaktion mit Jugendvertretung von VW

Wolke evakuiert werden, ein Ding der Unmöglichkeit, wie schon die Entsorgungskommission des Bundes 2013 in ihrem bundesweiten Stresstest generell feststellte. Die aktuelle Entwicklung ist jedoch besorgniserregend. Im März 2020 hat die Stadt einen Bauantrag Eckert & Zieglers auf Lagerflächen für radioaktiven Müll zugestimmt. Dieses Zwischenlager unter freiem Himmel soll nur dann zurückgebaut werden, wenn die Erweiterungspläne Eckert & Zieglers mit der Genehmigung und dem Bau der neuen Halle für die Zwischenlagerung radioaktiven Mülls gelungen sind. Eckert & Ziegler ist mit seinem Braunschweiger Standort jetzt schon einer der großen Player für nicht wärmeentwickelnden radioaktiven Müll. Durch das neue Zwischenlager am braunschweiger Standort dürfte die bundesweite Bedeutung im radioaktiven Müllgeschäft eher noch zunehmen. Auf Nachfrage von BIBS-Ratscherr Büchs musste Stadtbaurat Leuer zugeben, dass durch die neu genehmigten Lagerflächen faktisch ein dauerhaftes Zwischenlager für radioaktiven Müll in Braunschweig geschaffen wurde.

Überraschung: Zentrales Bereitstellungs-lager Konrad

Völlig überrascht wurde Braunschweig von den Plänen der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ). Die BGZ gab im März bekannt, dass sich im Norden Braunschweigs zwischen Bechtsbüttel und Waggum der ihrer Meinung nach zweitbeste Standort für ein Zentrales Bereitstellungs-lager für Schacht Konrad befinden würde. Es wäre eine weitere halbe Milliarde Euro, die in das völlig veraltete und ungeeignete Projekt Konrad investiert werden soll. Die beiden Bürgermeister von Bechtsbüttel und Waggum, die über BISS-Mitglieder hierüber informiert wurden, fallen über diese „Neuigkeit“ aus allen Wolken. Erste Priorität hat laut BGZ Würgassen (Standort eines stillgelegten Atomkraftwerks). Die Argumente für Würgassen sind jedoch umstritten. Der Widerstand gegen den geplanten Atom Müll-Verschiebebahnhof im Dreiländereck formiert

sich. Die Facebook-Gruppe „Contra Atomlager Würgassen“ hat mehr als 4000 Mitglieder. Die Online-Petition gegen das Lager hat binnen weniger Tage noch mehr Unterschriften bekommen. Angesichts des massiven Widerstands in Würgassen sowie der berechtigten Argumente gegen die-

Stadt in ihrem Bebauungsplan nicht mehr mit der Strahlenproblematik befassen dürfe. Ein Blick in das OVG-Urteil zeigt jedoch, dass die Stadt Braunschweig sehr wohl aktiv werden kann. Das OVG sagt eindeutig: „Gemeinden [...] müssen aber Risiken, die sich ergeben können, bei ihrer Abwägung berücksichtigen und dürfen sie nicht vollständig vernachlässigen.“ Da bereits die Freisetzung von einem Tausendstel des genehmigten Inventars katastrophale Konsequenzen haben könnte und die 2012 von Eckert & Ziegler beauftragte Störfallanalyse sachlich falsch ist, wie der Störfall vom 22. Nov. 2017 beweist, muss die Stadt Braunschweig selber aktiv werden. Die Entsorgungskommission des Bundes hat 2013 für Eckert & Ziegler einen spezifischen Stresstest gefordert. Auch das OVG hat kritisiert, dass kein spezifischer Stresstest durchgeführt wurde und sich die Stadt

in ihrer Begründung ausschließlich auf den allgemeinen bundesweiten Stresstest stützte, der jedoch die spezifische Situation in Braunschweig nicht betrachtete. Das OVG-Urteil macht deutlich, dass bei einem methodisch einwandfreien und in der Sache nachvollziehbaren Nachweis erheblicher Gesundheitsrisiken auch eine drastische Begrenzung Eckert & Zieglers hinsichtlich ihrer Erweiterungsplanungen möglich ist. Wenn es die Stadt ernst meint mit dem Schutz ihrer Bürger*innen, so muss sie einen spezifischen Stresstest für Eckert & Ziegler durchführen lassen und dann aus dessen Ergebnissen Konsequenzen ziehen. BISS e.V.



Wie könnte der Atom Müll-Verschiebebahnhof in Waggum / Bechtsbüttel aussehen?



Die Grafik zeigt eine mögliche Ausführungsvariante. Über die Details, wie bspw. den genauen Verlauf der benötigten Gleise, ist noch nichts bekannt. - Stand: 29.03.2020

Verlorener Prozess

Dafür haften möchte niemand und alles sei geheim ...

Frech und skrupellos, wie die Verantwortlichen in Vorstand und Aufsichtsrat von BS|Energy/veolia die Stadt, den Rat und vor allem die Öffentlichkeit über 14 Jahre hinweg an der Nase herumgeführt haben.

Gewitztes oder aberwitziges Geschäftsmodell?

Noch bis vor zwei Wochen waren in den Wirtschaftsplänen und Geschäftsberichten rd. 100 Mio. € eingebucht, weil BS|Energy den Prozess gegen E.On/Uniper aus einem Stromlieferungs- und Beteiligungsvertrag gewinnen würde – sagten sie ... und über Jahre hinweg folgten ihnen brav

die Oberbürgermeister und Finanzdezernenten der Stadt.

Ex-OB Hoffmann wehrte über Jahre die Nachfragen zu den spekulativen Geschäften mit dem Argument ab, das verstünden die Fragenden sowieso nicht, nur er und die Fachleute von veolia verstünden das außergewöhnliche Geschäft, weil das ein so gewitztes, aber komplexes Geschäftsmodell sei.

Nun ging der Prozess vor einigen Monaten krachend verloren (siehe dazu auch im April im BS-Spiegel: <https://braunschweig-spiegel.de/verschleuderung-von-millionen-im-hinterzimmer-des-rathauses/Wer-haftet-für-den-100-Millionen-Schaden?>)

Heizkraftwerk Mitte.

Foto: BS|Energy



sen Standort könnte Braunschweig als zweitbesten Standort immer noch ausgewählt werden, so die Sorge der BISS e.V. Hermann Krüger von der BISS weist auch darauf hin: „Für ein Konditionierungslager wären Bechtsbüttel und Braunschweig mit der Firma Eckert und Ziegler ganz dicht dran. Das macht uns große Sorgen.“ Die Braunschweiger Stadtverwaltung hat sich hier mit den folgenden Aussagen klar positioniert: Ein Lager für radioaktive Abfälle in dem dicht besiedelten Raum mit mehreren Hunderttausend Einwohnern vorzusehen sei unvernünftig. Zum einen spreche die Vielzahl der radioaktiven Transporte und zum anderen die potentielle Gefahr einer Havarie gegen die Wahl von Braunschweig als Standort für ein Zentrales Bereitstellungs-lager für Schacht Konrad. Erstaunlicherweise sind es genau diese von der Stadt angesprochenen Problempunkte, die auch die BISS seit 2011 gegenüber der Stadt Braunschweig im Hinblick auf die Nuklearfirma Eckert & Ziegler vorbringt.

Die Stadt muss aktiv werden

Die Stadt Braunschweig verweist bei der Eckert & Ziegler-Problematik auf das verlorene Gerichtsverfahren vor dem Obergericht Lüneburg und argumentiert, dass sich die

Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern.

Spendenkonto: Bürgerinitiative

Stichwort „Spende“.

Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!

Impressum

Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
redaktion@buergernitiativen-braunschweig.de
ViSdP: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8,
38120 Braunschweig
Redaktion: Dr. Ingeborg Gerlach, Edmund Schultz
Druckerei: Druckzentrum Braunschweig GmbH
Christian-Pommer-Straße 45, 38112 BS



Tower auf dem Empfangsgebäude am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg



Foto: Uwe Meier

Flughafen Waggum im Absturz

Am teuren Wahn eines „international Airport“ wird von SPD, CDU und Grünen weiterhin krampfhaft festgehalten.

Im Februar `20 musste der Stadtrat noch einmal zusätzliche 400 Tsd. € rückwirkend für 2019 bewilligen, weil die Flughafengesellschaft nicht alle Rechnungen in 2019 bezahlen konnte. Wie schon vor zwei Jahren in 2017, drohte erneut die Insolvenz.

Dabei hatten die Betriebsprüfer bereits 2017 dringlich gemahnt, den Flugplatz schnellstens auf einen regionalen Lande-

platz für VW und DLR bei gelegentlichen Flugangeboten eines Reiseanbieters herunterzustufen. Der Kostendeckungsgrad des Flugbetriebs war da bereits im Sinkflug mit nur noch 19 %: jährlich nur 2,1 Mio. € Einnahmen bei satten 12,2 Mio. € Ausgaben – und jetzt kommen die Einbußen durch „Corona“ noch obendrauf.

Beraterfirma zur Haushaltsoptimierung (KGSt) greift die Forderung der BIBS auf, den Flughafen zurückzustufen und so vom teuren Ballast eines „international Airport“ zu befreien

Vorschlag Nr. 025 im Katalog der KGSt (Beraterfirma zur Haushaltsoptimierung):

Umsetzung wesentlicher Maßnahmen im AMD-Sigma-Gutachten zur Lage und den Perspektiven des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg, Defizitreduzierung durch Rückstufung. Das Defizit des Flughafens könnte dadurch um jährlich bis zu 7 Millionen € reduziert werden.

VW-Lobbyismus im Rathaus blockiert diese Lösung; siehe dazu im www.Braunschweig-Spiegel.de/rathaus-verfangen-im-lobby... Text: ros

Sexy Image für's Schlossmuseum?

Im Hauruck-Verfahren spendierten SPD und CDU zusätzliche 46 Tsd. € von der Stadt für das Schlossmuseum, weil vor allem die Borek-Stiftung immer mehr öffentliche Mittel für die „Sichtbarmachung der verlorenen Geschichte als Residenzstadt“ und für die „Wiedergewinnung der Selbstachtung der alten Residenzstadt“ fordert (zitiert gemäß Vertrag Borek/Stadt Juni 2008).

Für mehr Besucher sollte jüngst „ein Blick hinter die Kulissen des Adelshauses der Braunschweigischen Fürs-

ten“ sorgen ... **„Die amourösen Abenteuer des Adels – Führung mit Sekt, Snacks und Songs“**

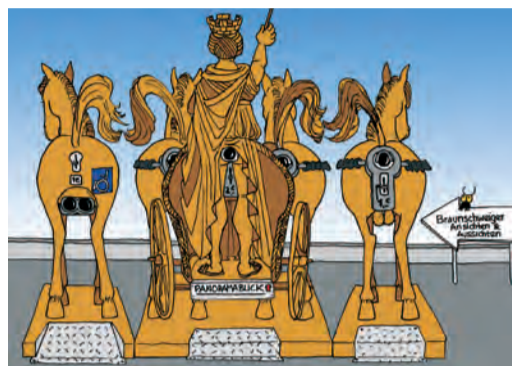
„Hinter den Kulissen fernab höfischer Arrangements entsponnen sich so manche amourösen Abenteuer, die zu geheimen Treffen und einem erfüllten Liebesleben führten“, so warb das Schlossmuseum.

Anstatt zur Aufklärung der Beteiligung an Kriegs-Verbrechen „unseres“ Welfen-Herzogpaares Ernst-August und Viktoria Luise zum 75. Jahrestag nach dem 2. Weltkrieg beizutragen, spen-

diert die Stadt nun zusätzliche Mittel für ein sexy Image für's Welfen-Schlossmuseum?

Ja geht's noch, Herr Markurth? – Und SPD und CDU sichern die Glorifizierung Jahr für Jahr mit erheblichen Mitteln aus dem städtischen Haushalt ab?

Auch zum Neujahrsempfang am 16. Januar 2020 hofierte OB Markurth den Welfen-Spross Heinrich von Hannover und dessen Mentor Borek. Wenn schon Schlossmuseum mit öffent-



lichen Mitteln, dann bitte mit Ausstellungen z. B. zu den NS-Geschäften des Herzogpaares. Friedenszentrum und BIBS würden da gern mitgestalten.

Peter Rosenbaum

Mehr Wohnraum, ja – aber bitte nachhaltig und zukunftsweisend

Keine Frage - Braunschweig benötigt dringend neuen Wohnraum. Dieses städtebauliche Leitziel ist so auch im Stadtentwicklungskonzept (ISEK 30) formuliert.

Daher ist es auch verständlich, dass die Stadt im Rahmen der Umgestaltung der Bezirkssportanlage Melverode eine Fläche von ca. 28.000 m² (3 ha) zur Bebauung bereitstellt und dazu einen entsprechenden Bebauungsplan „Glogastraße – Süd“ im Planungsausschuss am 5.2.2020 beschlossen hat. Dabei ging man auch schon ins Detail: In Planungsgremien wurde bereits über die Erstellung von wenigstens 50 Wohneinheiten pro Hektar nachge-

dacht, also könnten insgesamt ca. 150 Wohneinheiten entstehen.

Nicht abwarten, sondern mitgestalten sollte daher jetzt die Devise sein. Es muss sichergestellt werden, dass die nun anlaufenden konkreten Planungen die ökologischen, sozialen und ökonomischen Bedürfnisse der bisherigen Anlieger und auch die der Neubewohner berücksichtigen.

Ein vorrangiges Ziel im Planungsprozess sollte sein, dass es keine voluminöse Nachverdichtung mit entsprechenden negativen Begleiterscheinungen für Mensch und Natur gibt – das kann ernsthaft niemand wollen.



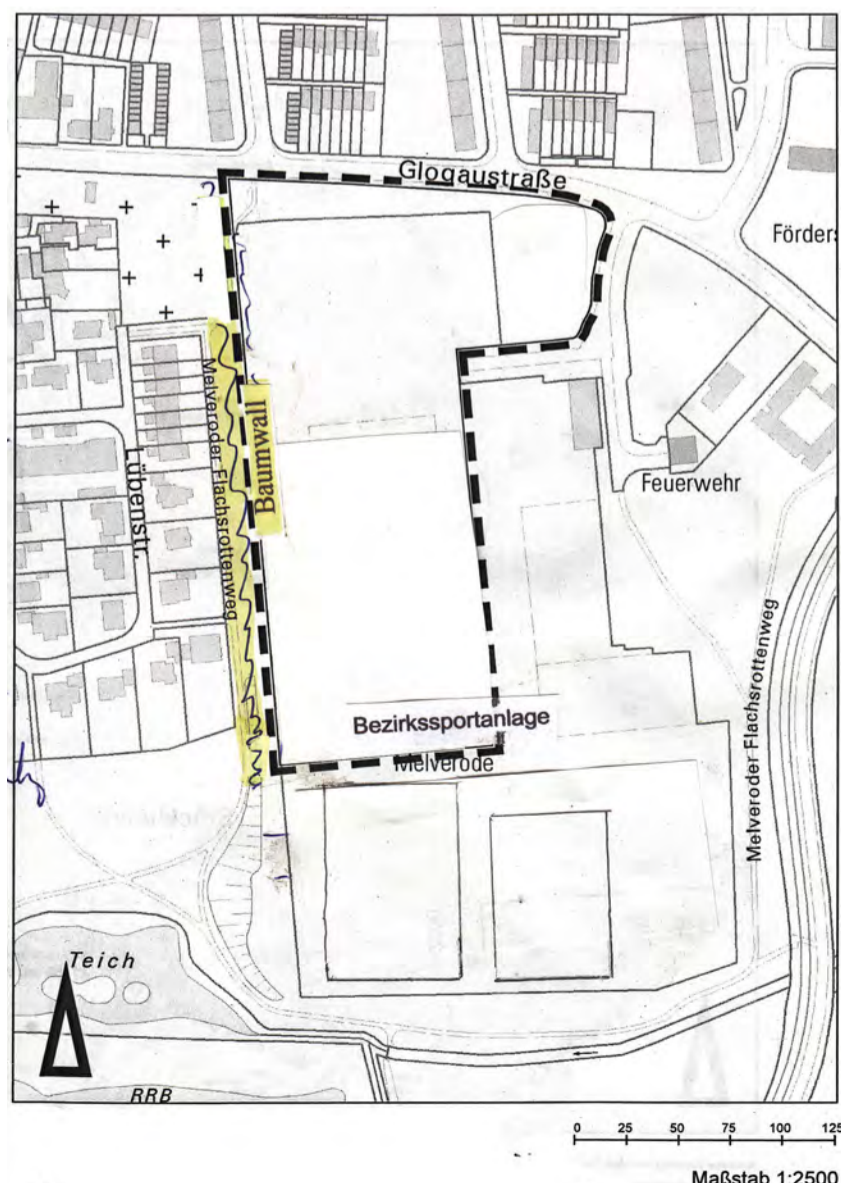
Vieles steht zur Diskussion und Fragen tun sich auf:

- Erstellung von Mehrfamilienhäusern oder eine eher kleinteilige Bebauungsstruktur?
- Erhalt von Grünflächen oder Schottergärten?
- Luxusapartements oder bezahlbarer Wohnraum?
- Hitzestau in einer Betonlandschaft oder Kaltluftschneisen?

Kein Wunder also, dass sich bereits eine Interessengemeinschaft formiert hat, die u.a. dafür sorgen möchte, dass ein ca. 250 m langer Wall-Grüngürtel mit ca. 160 (!) in Jahrzehnten gewachsenen Bäumen erhalten bleibt. Wei-

terhin setzt sich die Initiative für eine möglichst geringe Bodenversiegelung bei dem Bauvorhaben ein, um bei zu erwartenden Klimaszenarien entsprechende Grünflächen zum thermischen Ausgleich (z. B. Luftleitbahnen) bereitzuhalten.

Von großer Bedeutung für die jetzigen und künftigen Bewohner in Melverode ist, dass die Planungsgremien der Stadt im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens ein hohes Maß an Transparenz zeigen, indem sie die Öffentlichkeit in Info- und Diskussionsveranstaltungen am Planungsprozess beteiligen und Wünsche und Anregungen in die Planung integrieren. Helmut Rösner



Leben retten

Am 5. März vor dem Rathaus, #Grenzenauf! #Seebrücke: Der jüngste Teilnehmer, Edward (10 Jahre), brachte das Problem und seine Lösung in einem Satz auf den Punkt: „Wenn Deutschland z. B. für 50 % der Waffenlieferungen verantwortlich ist, dann muss das Land auch 50 % der Flüchtlinge aufnehmen“



Schlechtes Klima-Zeugnis

Ein eher schlechtes Zeugnis für Braunschweig: pünktlich wie in den Schulen wurde der Stadt und den Ratsparteien von Fridays for Future (FFF) das Klimazeugnis für die letzte Ratsperiode übergeben ...



Erste Bürgermeisterin Ihbe nimmt ihr Zeugnis entgegen

Die Aufgaben (Zielsetzungen) habe die Politik mit Note 2 wohl einigermaßen verstanden, auch leicht ins Positive reiche das Bemühen der Verwaltung 5+. Aber bei Energie (z. B. Planungen mit Sperrmüll beim Heizkraftwerk) gab es eine glatte 5. Und völlig ungenügend „6“ sei es mit der Ökologie bestellt (gesunde Bäume abhacken - Beispiel Jasperallee) und auch bei der Mobilität mit dem fehlenden Willen für Alternativen zu Autos in der Stadt und sogar noch weiterem Flughafen-Ausbau gab es die schlechteste aller möglichen Zensuren „6“. Frau Ihbe nahm das Zeugnis als Bürgermeisterin für die Stadt ohne Murren entgegen und versprach der engagierten Jugend von Fridays for Future Besserung. Mal sehen ..

Auch das noch – geheime Vergnügungsstätte im Wohngebiet

Zwei AfD-Funktionäre aus Braunschweig funktionierten - offenbar geschäftstüchtig - ein Zweifamilienhaus in Ölper in eine „Spielwiese für sexuelle Phantasien“ um, „secret avalon“. Am BIBS-Infostand fragten Bürger*innen nach, es gehe da wohl nicht mehr um normale Wohnnutzung eines Eigenheimes.

Es geht demnach um spezielle „Studios“ mit Einrichtungen als „Behandlungszimmer“, „Spielgeräte für sexuelle Phantasien“ und „Seilwinde“ mit genauen Regeln für die Nutzung der Spiele bis hin zur Ermahnung an die Kundschaft, Freizügigkeiten vor der Nachbarschaft zu vermeiden. Die auf der Homepage „secret avalon“ aufgeführten „Leistungen“ sprechen für die Einstufung als Vergnügungsstätte. Die Stadtverwaltung prüft den Fall.

aufstehen
Braunschweig

Am 19.09.19 verabschiedete das EU-Parlament eine Resolution mit dem Titel „Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft

Europas“. Trotz der tiefgreifenden Folgewirkungen auf die internationale Politik wurde die Resolution in der Öffentlichkeit kaum beachtet.

Um diesem brisanten Thema die angemessene Aufmerksamkeit beizumessen, plant die Bewegung „Aufstehen Braunschweig“ eine Abendveranstaltung mit dem Ziel einer gesellschaftlichen Debatte.

„Aufstehen Braunschweig“ sieht in der zu diskutierenden Entschließung des EU-Parlaments einen weiteren Schritt zur Verhärtung der Beziehungen zu Russland und kritisiert das der Resolution zu Grunde liegende konfrontative Gedankengut. Tom/Ivo

weiter von Seite 1

Beteiligung des Welfen-Adels am Holocaust

In zehn Einzelfragen hinterfragen die Grünen die Bereicherungen des letzten Braunschweigischen Herzogs Ernst-August am Beispiel der Arisierung von dreizehn meist österreichischen Firmen ab 1933 - u. a. die Baugesellschaft A. Porr, 1938 vom Fürsten „erworben“ und im Jahre 1942 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt (siehe Aktie in Landkarte rechts).

„Die Porr AG baute in **Auschwitz** für die IG Farben, das Konzentrationslager stellte die Arbeiter. Ab 1944 war die Porr AG im Konzentrationslager Gusen II tätig, mit KZ-Häftlingen wurden Stollen für die unterirdische Rüstungsproduktion errichtet.“ (Quelle: Profil.at 27. Mai 2004)

„Etwa 40.000 KZ-Häftlinge“ kamen dabei laut FAZ vom 17. August 2014 ums Leben.

Die Welt berichtete am 4. Februar 1999 über einen Teil der Arisierungen und schrieb beispielsweise zu der Porr AG:

„Erst Anfang der 90er-Jahre sei das Aktienpaket der Welfen für über 100 Millionen DM verkauft worden.“



Flugzeug-/Metallbauwerke Wels (FMW), Teil der Wunderwaffen-Produktion des Fürsten in den letzten Kriegsmontaten

„In welcher Form sind Zwangsverkäufe, Raub, Enteignungen, sogenannte Fluchtsteuern, Zwangsvermögensabgaben, Sperrkonten u. ä. im Rahmen der Arisierung von 1933 bis 1945 durch Mitglieder ehemals regierender adeliger Häuser in Niedersachsen wissenschaftlich aufgearbeitet worden?“ (Landtagsanfrage der Grünen, Januar 2020)

Konkret genannt werden in der Grünen-Anfrage folgende Firmen:
 • Anteile an der Allgemeinen Baugesellschaft A. Porr, Wien (zunächst 12,5 %, später die Mehrheit der Anteile),
 • Hinterschweiger Werke, Wels (später Flugzeug- und Metallbauwerke GmbH, Wels),
 • die Firma Eduard Elbogen, Wien,
 • Österreichisch-Alpine Talksteinwerke Adolf Brunner & Co.,
 • St. Cathreiner Talkumwerke, Oberndorf a. d. L.,
 • Rabenwälder Talksteinwerke GmbH, Wien,
 • Steiermärkische Talkumgewerkschaft Kammern GmbH,
 • Firma Baryt

Co., Reichl & Bleyer, Pernharz (Böhmen),
 • Mühlendorfer Graphit AG,
 • Graphit-Vorkommen in St. Lorenzen bei Rottenmann
 • Kaolin-Vorkommen in Buchberb bei Chill, Steiermark
 • Anteile des Bankhauses Aufhäuser, München,
 • ein Minderheitspaket der Feibisch AG, Berlin und der Beckerwerke AG in Chemnitz, von ehemaligen Eigentümern jüdischen Glaubens erworben.

Die ganze Anfrage ist seit Ende Januar zu finden: Niedersächsischer Landtag – 18. Wahlperiode Drucksache 18/5687

„Darf der Naziprinz die Beute behalten?“ (Wiener Volksstimme 30.9.1945)

Nach dem Verlust des Braunschweigischen Fürsten-Thrones 1918 verband sich das Welfenhaus unter Ernst August und Viktoria Luise mit den Nazis und bereicherte sich vor allem in Österreich an jüdischen Firmen. Dabei kamen ab 1938 zahlreiche Zwangsarbeiter aus Arbeitslagern der SS in Wels sowie aus den Konzentrationslagern südlich von Linz (Gusen, St. Georgen, Langenstein und Mauthausen) zum Einsatz. Nichts wurde freiwillig zurückgegeben. Zu einer Entschädigung für die Opfer sieht sich das Fürstenhaus auch nach der Befreiung von den Nazis im Mai '45 nicht verpflichtet.

Hitlers adelige Gefolgschaft

Hitler empfing das Herzogspaar in der Reichskanzlei.

Die Kaisertochter Viktoria Luise brachte ihm bei der Visite 1933, so heißt es, einen selbst gepflückten Alpenstrauß mit, und Hitler soll ihr formvollendet die Hand geküsst haben.

Viktoria Luises Mann, der Welfenherzog Ernst August von Hannover, hatte schon bei der Machtübernahme der Nazis an die Welfentreuen appelliert, „dem Führer zu folgen“.

(https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Wie-braunwaren-die-Welfen-aus-Hannover)

Und so wurde auch gleich kurz nach Machtergreifung am 7. Mai 1933 die Welfen-Legion von Ernst-August in die SA eingegliedert.

(Quelle: Peter Steckhan, Herzog und Kaisertochter, Göttingen 2019, S. 85)

Bekannt wurde die besondere Nähe des Herzogs zum „Führer“ und

dessen Freund aus Hitlers Linzer Kindertagen, Mielacher, der es nach der Annektion Österreichs 1938 vom einfachen Postbeamten zum „Finanzinspekteur der Ostmark und das Protektorat“ gebracht hatte.

„Dem Herzog von Braunschweig war er bei seiner großen Arisierung 1938 in großzügiger Weise behilflich“ (Volksstimme, 13.1.1946)

So hinterfragten bereits kurz nach Kriegsende die ersten neuen Medien Österreichs die umfangreichen Arisierungen großer jüdischer Industriekomplexe durch den Herzog Ernst-August „Darf der Naziprinz die Beute behalten?“ (Wiener Volksstimme 30.9.1945).

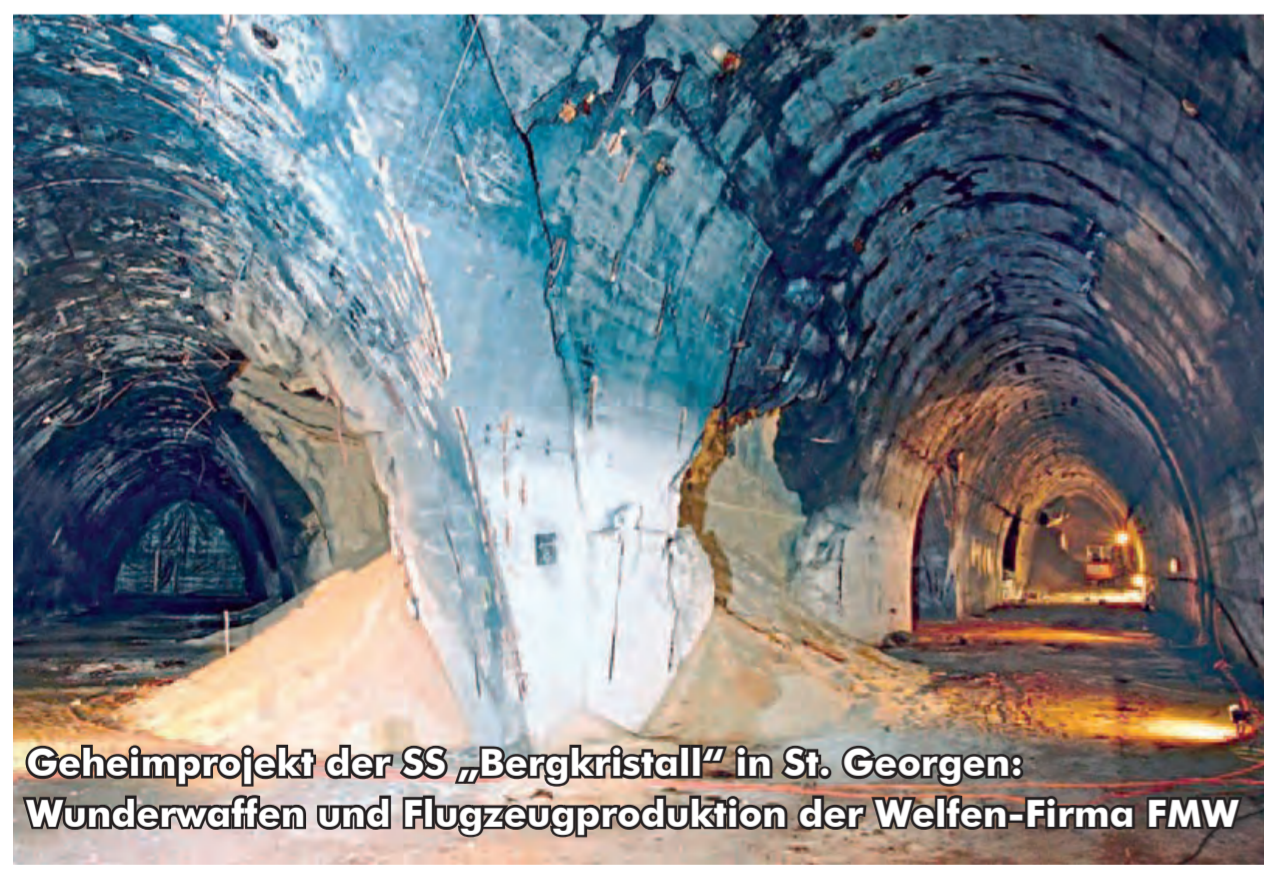
Eine Verfolgung der zu verantwortenden Kriegsverbrechen des „Naziherzogs von Braunschweig“ (Wiener Volksstimme v. 10.10.1945) erschien aber nicht mehr opportun, wohl auch wegen vielfältiger Beziehungen des Welfen-Adels vor allem zum englischen Königshaus.



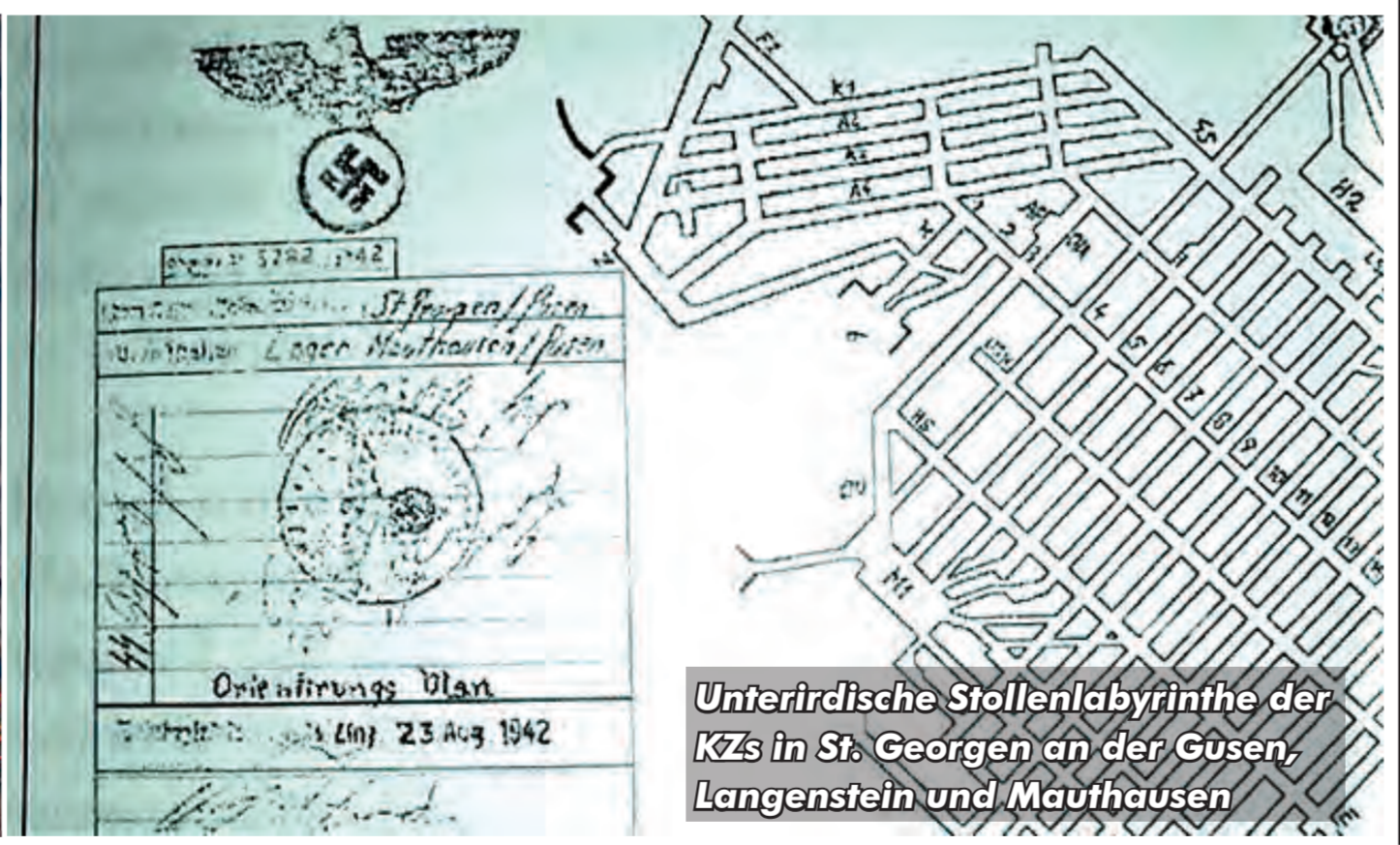
Parade der Welfen-Legion/SA vor Fürstenfamilie am 7. Mai 1933



Und der erstgeborene Prinz, auch „Ernst-August“, trat sogar schon 1933 der Reiter-SS bei



Geheimprojekt der SS „Bergkristall“ in St. Georgen: Wunderwaffen und Flugzeugproduktion der Welfen-Firma FMW



Unterirdische Stollenlabyrinth der KZs in St. Georgen an der Gusen, Langenstein und Mauthausen



Firmenchef und Herzog in mitten seiner Familie im Krieg

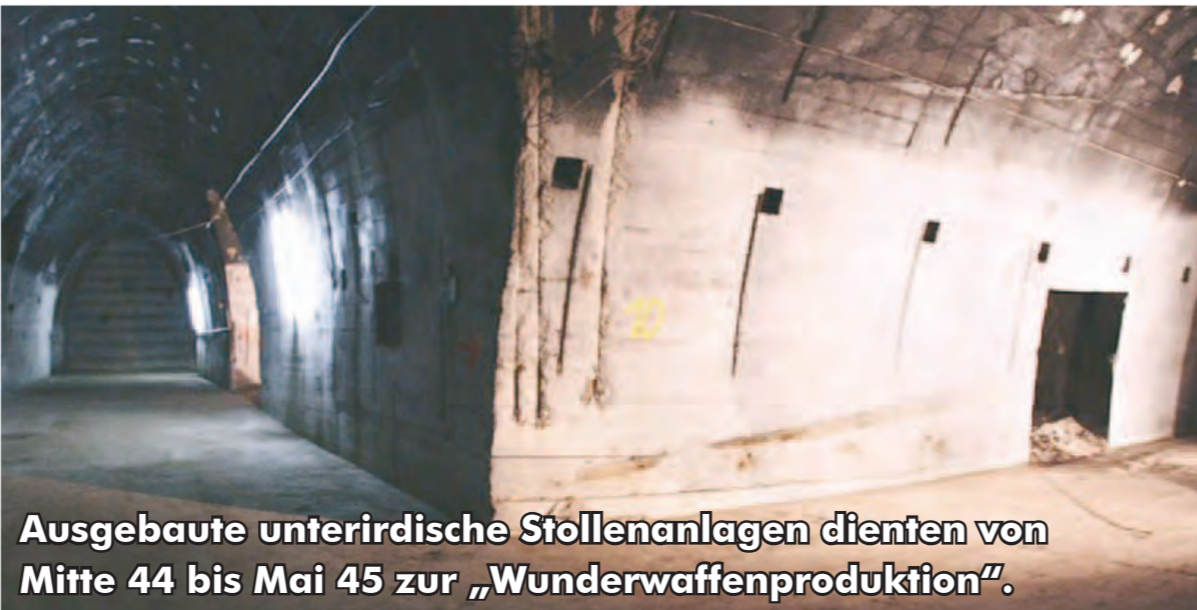
Beispiel einer Arisierung - Erwerb oder Raub?

Nach der Eingliederung Österreichs im Jahre 1938 wurde der jüdische Eigentümer sofort solange in sogenannte „Schutzhäft“ genommen, bis er bereit war, einen Arisierungsvertrag mit dem Herzog zu unterschreiben, den ein Obersturmbannführer der SA, Uebersberger, ein guter Bekannter des Herzogs angeordnet hatte. Dabei ging es vor allem auch um die Überlassung großer Guthaben, die das Unternehmen in den Niederlassungen in Italien, in der Slowakei und in der Schweiz hatte. Diese Guthaben überstiegen den Kaufpreis von 300 Tsd. Schilling sowie den Bilanzwert des Unternehmens von 30 Millionen um ein Mehrfaches. Der Alteigentümer bekam obendrein eine „Zwangsflichtsteuer“ von 700 Tsd. Schilling auferlegt und mußte auf sein ganzes sonstiges Vermögen verzichten. Bei seiner letztlich versuchten Flucht wurde er in ein Lager gebracht und 1941 erschossen.

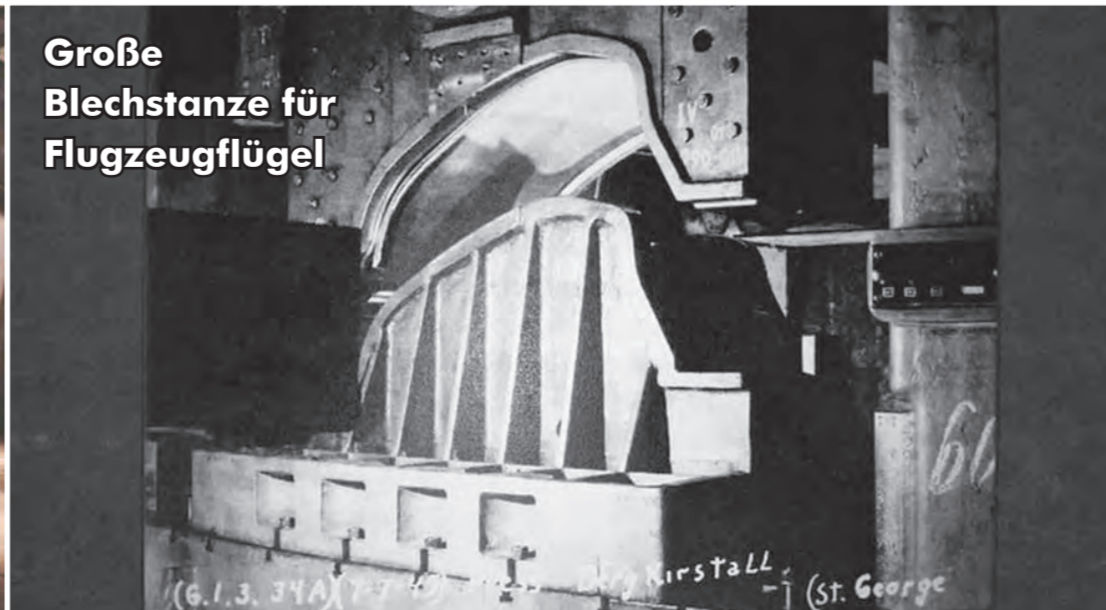
Die 70-jährige in Wien völlig mittellos zurückgebliebene Mutter wandte sich mit einem Schreiben an den Herzog mit der Bitte um Hilfe, worauf ihr im Namen des Herzogs mitgeteilt wurde, der Herzog habe alles bezahlt, was ihm von Amts wegen auferlegt worden sei und er fühle sich nicht veranlasst, der Bitte nachzukommen. (Wiener Volksstimme, 30.09.1945, zitiert nach Peter Steckhan, Herzog und Kaisertochter, Göttingen 2019)



Flugzeuggrümpfe im unterirdischen Stollen baute die Flugzeug- und Metallbauwerke in Wels (FMW)



Ausgebaute unterirdische Stollenanlagen dienten von Mitte 44 bis Mai 45 zur „Wunderwaffenproduktion“.



Große Blechstanze für Flugzeugflügel



Kilometerlange Stollenlabyrinth auf mehreren Etagen

Stadtauben

Die Friedenstaube in der Stadt. Missverständene Nachbarn in der Stadt. Respekt vor dem Leben.

Ratten der Lüfte“, „Drecksviecher“, „Krankheitsüberträger“ - die Stadtaube ist das meist gehasste Tier in der Stadt, neben den „echten“ Ratten, die man jedoch selten sieht.

Dabei haben diese beiden Tierarten wenig gemeinsam. Ratten sind Wildtiere und siedeln sich als Kulturfolger gerne in der Nähe des Menschen an. Die Stadtaube stammt aber von der gezüchteten Brieftaube ab.

Diejenigen Vögel, die nicht nach Hause finden, bleiben bei uns in der Stadt und vermehren sich unkontrol-



liert weiter. Durch ihre Domestizierung sind sie auf menschliche Hilfe angewiesen. Es sind verwilderte Haustiere, so wie streunende Hunde und Katzen in der Stadt.

Auch können die Vögel nicht einfach auf einen anderen Lebensraum ausweichen, da ihre Vorfahren Felsenbrüter waren. Deshalb können Stadtauben auch nicht in ein nahes Naturschutzgebiet oder den Wald fliegen. Die meisten „Weisheiten“

und Gerüchte, die über das Füttern von Tauben verbreitet werden, stimmen so einfach nicht. Auch hungrige Tauben vermehren sich und sie leiden natürlich ebenso sehr darunter wie andere Lebewesen, die keine Nahrung bekommen. Das Fütterungsverbot verhindert nicht die Vermehrung der Tiere, sondern verursacht nur noch mehr Tierleid.

Ekel oder gar Angst vor diesen Tieren oder eventuellen Krankheiten ist völlig unbegründet und bedarf dringend einer Aufklärung der Bürger. Auch der Taubenkot ist für Gebäude und Fassaden nicht so schädlich, wie allgemein angenommen. Hierzu gibt es sogar Gutachten.

Ich finde regelmäßig Tiere, die bis auf die Knochen ausgehungert oder ver-

letzt sind. Tauben sind eigentlich reine Körnerfresser. Hier in der Stadt sind sie gezwungen, „Müll“, wie heruntergefallene Essensreste zu fressen. Dies verursacht bei ihnen starken Durchfall, der dann vom Menschen natürlich als störend empfunden wird. Deshalb sieht man auch so viele Tauben auf den Fußwegen herumlaufen – sie suchen verzweifelt nach Futter. Dabei kommt es mitunter zu Unfällen mit Radfahrern oder Fußgängern. Tauben leiden still, eine Verletzung sieht man ihnen erst auf den zweiten Blick an.

Der erste „Modelltaubenschlag“ in der Nähe des Bahnhofs ist sehr wichtig und richtig, denn nur so kann eine kontrollierte Populationskontrolle (durch Austausch der Eier gegen Gips-eier) gelingen – nicht durch Fütte-

rungsverbote oder Vergrämungsmaßnahmen. Letztere Maßnahmen führen lediglich zu mehr Verletzungen und somit zu mehr Leid für diese Tiere. Im letzten Herbst wurden erneut zusätzliche Spikes und Netze am Schloss angebracht, um Tauben zu vergrämen. Eine Lösung können hier nur weitere Taubenschläge sein. Der Mensch hat diese Tiere Jahrhunderte lang als „Postboten“, Informationsübermittler im Krieg und als „Lieferant“ von Federn, Fleisch und Eiern genutzt. Nun, da wir ihre Dienste im modernen Informationszeitalter nicht mehr benötigen – sollten wir Menschen jetzt Verantwortung übernehmen und den Tauben ein tiergerechtes und würdevolles Leben in unseren Städten ermöglichen. *red*

Initiative Fahrradstadt Braunschweig für Radentscheid



Am 20.02.20 übergab die Initiative Fahrradstadt Braunschweig der Stadtverwaltung einen Sieben-Punkte-Plan zum gewünschten Bürgerbegehren für Radverkehrsförderung zur Prüfung.

Die Verwaltung hatte sich bereit erklärt, die rechtliche Zulässigkeit des Textes vorab zu prüfen. Wie kam es dazu, einen Radentscheid herbeiführen zu wollen? Matthias Leitzke, ein Sprecher der Initiative betont: „Bis zur Übergabe haben wir zwei Jahre darauf hingearbeitet.“

Nach monatelangen Diskussionen gemeinsam mit ADFC, VCD, Braunschweiger Forum und MoveBS sowie mehreren spektakulären Aktionen wie z. B. der symbolischen Besetzung des Hagenmarktes war allen Beteiligten klar: ja, wir schaffen das, Braunschweig bekommt einen Radentscheid!“

Die Ziele: Erhöhung der Sicherheit des Radverkehrs, Schaffung eines attraktiven Radverkehrsnetzes, sichere

rechtliche Schwächen korrigiert werden müssten. Ausgehend von diesen Hinweisen will die Initiative im Juni einen überarbeiteten Text vorlegen. Dazu Mitinitiator Lars Christian Lund: „Wir danken der Stadtverwaltung für viele konstruktive Formulierungsvorschläge. Zum Teil, beispielsweise bei der Gestaltung der Radwege und beim Veloroutennetz, bleiben diese jedoch inhaltlich hinter den Zielen des Radentscheids zurück.“

Die Initiative ist sich mit zahlreichen unterstützenden Organisationen einig: „Es bedarf einer wirklich substantiellen Veränderung zu Gunsten des Radverkehrs, mit breiter Unterstützung der Bevölkerung.“

Matthias Leitzke ergänzt: „Unsere sieben Punkte haben weiterhin Bestand, auch dann, wenn vielleicht nicht alle Maßnahmen Gegenstand eines Bürgerentscheids sein können.“

Sind die juristischen Aspekte geklärt, beginnt die Unterschriftensammlung. Ca. 12.000 gültige Unterschriften



und komfortable Radwege, sichere Radabstellanlagen, ganzjährig saubere und nutzbare Radwege, verkürzte Ampelwartezeiten sowie die Werbung für ein faires Miteinander aller Verkehrsteilnehmer*innen.

In mehreren anderen Städten gibt es bereits Initiativen zu Volksentscheiden. Jetzt bringt auch Braunschweig sich aktiv ein.

Zwei Monate später kam die Verwaltung zu dem Ergebnis, dass einige

innerhalb von sechs Monaten sind notwendig, um ein Bürgerbegehren zu erreichen. Danach müssen mindestens 40.000 Braunschweiger*innen teilnehmen und mit JA stimmen. Gelingt das, ist das Bürgerbegehren erfolgreich und einem Ratsbeschluss gleichwertig.

Die Initiative Fahrradstadt Braunschweig bittet um Mithilfe und Unterstützung der Aktion. Infos unter: <https://fahrradstadt-braunschweig.de>

Photovoltaik-Dächer gegen die Klimakrise

In der Corona-Krise zeigt sich: unsere Gesellschaft ist bereit, ihre Lebensgewohnheiten für die Rettung akut bedrohter Menschenleben gewaltig zu verändern.

Dagegen bedroht die Klimakatastrophe die Existenz unserer und aller nachfolgenden Generationen auf der ganzen Erde. Viele Menschen haben das erkannt und bemühen sich, teils schon seit Jahrzehnten, mit vielen klugen Ideen und Initiativen das Leben unserer Kinder und Enkel auf unserem Planeten zu retten. Die dafür notwendigen Veränderungen unserer Lebensgewohnheiten sind eher einfacher als die in der Corona-Krise. Ein Beispiel dafür ist die Art, wie wir unseren Strom erzeugen. Statt die Gesundheits- und Umweltschäden und die Risiken durch Atom-

und Vereinigungen in die Tat umgesetzt mit Photovoltaikanlagen auf ihren Dächern. Das macht Mut für noch viel mehr Engagement, damit wir die von der Weltgemeinschaft (UN) vereinbarten Klimaschutzziele erreichen können. In unserer Stadt sind erst wenige Dächer mit Photovoltaik-Anlagen belegt. Da ist noch ganz viel Platz, um viel mehr regenerativen Solarstrom zu erzeugen! Die Stadt Braunschweig hilft mit ihrem Solarkataster seit vielen Jahren einzuschätzen, wie gut jedes Dach dafür geeignet ist. Das Braunschweiger Förderprogramm für Anlagen zur regenerativen Energiegewinnung für Wohnhäuser ist seit vielen Jahren so erfolgreich, dass der Fördertopf meistens ganz schnell ausgeschöpft ist. Deshalb wurde er immer wieder aufgestockt.

Mit ihren eigenen Immobilien kommt die Stadt leider bisher nur sehr langsam voran.

Dabei könnte auch sie die Kosten für ihren eigenen Strombedarf in den öffentlichen Gebäuden sofort ganz erheblich senken. Der tagsüber auf dem Dach erzeugte Solarstrom würde direkt während der Arbeitszeit im Gebäude verbraucht. Er würde deutlich weniger kosten als der vom Stromversorger angelieferte Strom. Die Überschüsse an den Wochenenden würden ins Netz ein-

Das gilt natürlich auch für die Gewerbetriebe unserer Stadt.

Für Eigenheimbesitzer*innen gibt es aufgrund des drastischen Strompreisanstiegs der letzten Jahre und gesunkener Anlagenpreise keine Zweifel mehr: der Strom vom eigenen Dach kostet zwei Drittel weniger. Darum ist nahezu jedes Dach geeignet.

Auch für Mieter*innen könnte Solarstrom vom eigenen Dach den Preis senken. Dafür müsste die Bundesregierung aber endlich die Bremsklötze für Mieterstromprojekte lösen. Dann könnten Mieter*innengemeinschaften und Immobiliengesellschaften Solarstromprojekte profitabel umsetzen.

Jetzt schon interessant für Mieter*innen: Kleinanlagen bis 600 Watt und mit direkter Einspeisung mit einem Stecker in die normale Steckdose sind seit 2019 offiziell erlaubt (sog. „Guerrilla-PV“). Man kann und darf also selber Solarmodule z. B. auf den Balkon stellen oder an die Brüstung hängen. Es gibt sie steckerfertig ab ca. 400 € und auch mit Akku für die Zwischenspeicherung. Sie können bereits den Grundbedarf für Kühlschrank, Ladegeräte und die Hauselektronik decken. Man muss es nur wollen und machen!

Fast unsere ganze Gesellschaft verhält sich jetzt solidarisch mit den potentiell Corona-Gefährdeten. Genauso soli-



und Kohlekraftwerke zu akzeptieren, investieren viele Menschen auf dem ganzen Planeten in Anlagen zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien. Dadurch wird weniger Kohle, Erdöl, Erdgas und Holz verbrannt und so die Klimakatastrophe gebremst.

In Braunschweig haben das schon viele hundert Privatpersonen, Firmen

gespeist und verkauft. Fehlender Strom im Winter würde weiterhin normal eingekauft. Die personellen Möglichkeiten der Stadtverwaltung für solche Projekte sind begrenzt. Sie könnte sich dafür aber sehr gute Hilfe und Rat von Bürgergesellschaften und Expert*innen unserer Region holen und den lokalen Arbeitsmarkt mit Aufträgen beleben.

darisch sollte sie sich auch gegenüber allen potentiell Klimakatastrophen-Gefährdeten verhalten: unseren Kindern, Enkel*innen und Nachfahren. Wir können alle mitmachen!

*Frank Richter-Trautmann und
Edmund Schultz
Foto: Willi Michalke
Bildmontage: Marten Reij*



Trotz Klimakatastrophe wurden im Winter erneut tausende Bäume gefällt oder verstümmelt. Unzählige Sträucher wurden entfernt oder viel zu stark heruntergeschnitten. Dafür sind besonders oft

Privateigentümer*innen verantwortlich (z. B. die Vonovia).

Das ist leider legal, da CDU und FDP 2002 die Baumschutzsatzung abgeschafft haben. Damit wird der Allgemeinheit massiv Schaden zugefügt! Das städtische Grün wird mehr und mehr vernichtet und damit Lebensqualität, frische, saubere, kühle Luft sowie Lebensraum für Insekten, Vögel, Igel, Eichhörnchen etc.

Dabei will Braunschweig eigentlich Wildbienenhauptstadt werden...

Die Stadt kann nicht einmal auf ihren eigenen Flächen so viele Bäume nachpflanzen, wie durch Stürme, die Klimakatastrophe (z. B. Dürre), Bautätigkeiten und Krankheiten verloren gehen.

Das sind inzwischen deutlich über 1000 Bäume jährlich. Die Grünen haben beantragt, jeden verlorenen Baum „standardmäßig zeitnah“ zu

ersetzen. Dies wurde von CDU, SPD, AfD und FDP abgelehnt (dafür stimmten die Grünen, die BIBS, die Linke und P²). Stattdessen wurde ein stark abgeschwächter Änderungsantrag beschlossen. Notwendig wären aber jedes Jahr mehrere tausend neue Bäume und Sträucher zusätzlich!

- Deswegen fordern wir eine **Aufstockung der Mittel für den Fachbereich Stadtgrün und Sport um mindesten 25 Mio. Euro**, damit Braunschweig endlich wieder nachhaltig und massiv begrünt werden kann. Davon sollten auch Öffentlichkeitsarbeit, Grünfördermittel (als Unterstützung für Eigentümer*innen) sowie das Gießen im Sommer (und Regenwasserspeicher dafür) finanziert werden.
- Da neue Bäume Jahrzehnte brauchen, bis sie ihre ökologische Wirkung entfalten können, sollte der Bestand

an wertvollen alten Bäumen geschützt werden durch eine **Gehölzschutz- und -förder-satzung**.

- In den Wäldern unserer Stadt z. B. Querumer Forst (SBK) oder Mascheroder Holz) sollte die bisherige auf kurzfristigen Profit ausgerichtete Raubbaupraxis verboten werden und **grundsätzlich nur noch nachhaltige Forstwirtschaft** zulässig sein (nach Lübecker Vorbild).

Nur so können wir den Herausforderungen der Klimakatastrophe wirkungsvoll begegnen und den Anstieg der Sommerhitze in der Stadt reduzieren. *BI Baumschutz*



Viewegs Garten und Umfeld Hbf

Alternativvorschlag der BI Baumschutz

In einer sechsstufigen Stellungnahme hat die Bürgerinitiative Baumschutz neben fundamentaler und konstruktiver Kritik an Baumvernichtung und Flächenversiegelung des Siegerentwurfs auch einige Vorschläge eingebracht (bi-baumschutz-braunschweig.jimdo.com).

Ein gravierendes Problem des Siegerentwurfs sei aus der Sicht der BI: „Tritt man aus dem Bahnhof, steht man auf einem relativ kleinen steinernen Platz, der rundum von großen Gebäuden eingerahmt ist.“

Die Menge an Stein, Asphalt und großen Fassaden bewirkt, dass dieser Platz im Sommer noch viel heißer wird, als mit 44 °C ohnehin schon im Stadtklimabericht prognostiziert - wie ein Backofen!

Damit nicht genug, soll der vierspürige, stark befahrene neue Ring genau über diesen Platz führen. Die neuen Gebäude werfen den Verkehrslärm zurück, der sich dann zwischen den großen Gebäuden fängt und verstärkt. Die Abgase können nicht abziehen, weil alles zugebaut ist. Soll so unser „Tor zur Stadt“ aussehen?“

Als Alternative schlagen die Baumschützer*innen vor, den Auto-

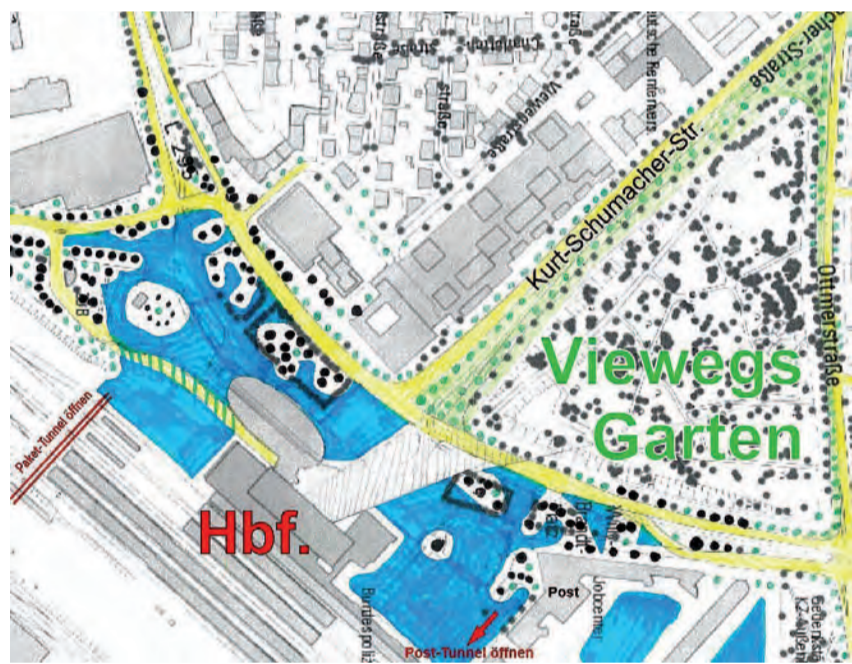
verkehr nicht auf der Fahrbahn der Bahnseite des bisherigen Rings zu führen, sondern stattdessen auf der gegenüberliegenden, der nordwestlichen Seite. Auch mit den Flächen der Südostseite des ehemaligen Rings würden genügend große Flächen entstehen, um die gewünschten Wohn- und Geschäftshäuser zu bauen. (s. Zeichnung) Für Baumschützerin Birgit Huvendieck ist dabei besonders wichtig: „Die Sichtachse vom Ausgang des Bahnhofs über Viewegs Garten hinweg bis zu den Kirchturmspitzen der Innenstadt sollte frei und unbebaut bleiben.“

Edmund Schultz von der BI erklärt: „Die südöstliche Seite des bisherigen Rings könnte alternativ statt mit einem Riesenklötzchen viel behutsamer mit mehreren kleineren Gebäuden bebaut werden. Diese sollten dann auch nur teilweise auf den Verkehrsinseln stehen und grüne Zwischenräume mit Bäumen frei lassen.“

Bebaut man die Nordwestseite der grünen Verkehrsinseln gar nicht und die Südostseite nur zum Teil, lassen sich wenigstens viele der großen Platanen retten, da diese vorwiegend auf der Nordwestseite der Verkehrsinseln stehen.“

Birgit Huvendieck ergänzt: „Zwischen den neuen Gebäuden könnten sogar attraktive Freiflächen unter schattenspendenden Bäumen entstehen.“

Die wären prima geeignet für Cafés und Biergärten, ohne Verkehrslärm und -Hektik und mit dem Blick auf einen belebten, aber viel entspannteren Bahnhofsvorplatz.“ Auch die Bürgerworkshops würde die BI gerne verbessern. Die mündlich vorgetragenen Einwände seien „nur sehr stark verkürzt und damit oft verfälscht aufgeschrieben worden.“ Einige Beiträge würden sogar ganz fehlen.



nis von 10:1 eines von 1:1. Das gibt das Meinungsbild der Bürger*innen nicht korrekt wieder.“

Edmund Schultz möchte Stadtbaurat Leuer beim Wort nehmen. Dieser habe mehrfach öffentlich zugesagt, dass die Bürgerbeteiligung genauso wie die bei dem Ausbau der Stadtbahn erfolgen würde, also mit drei Bürgerworkshops.

Er appelliert an Herr Leuer „Bitte halten Sie dieses Versprechen, bevor die Planungen in die nächste offizielle Phase gehen.“

Warmlaufen für das Volksbegehren Artenvielfalt.Jetzt!

Ungefähr die Hälfte der 11.000 niedersächsischen Tier- und Pflanzenarten sind gefährdet.

Das geht mit einem beschleunigten Insektensterben einher. Grund genug, um an den Erfolg des bayerischen Volksbegehrens „Rettet die Biene“ anzuknüpfen. Nun soll auch das niedersächsische Naturschutzgesetz verbessert werden.

Dieses Ziel hat sich ein Bündnis von über 100 Partner*innen auf die Fahnen geschrieben.

Darunter sind der NABU, der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund,

der Landesverband der GRÜNEN, die NAJU und der BUND. Inhaltliche Akzente der Gesetzesänderungen liegen neben dem Schutz von Bienen auch auf einer insgesamt vielfältigeren und geschützteren Flora und Fauna, mehr Ökolandbau, weniger Einsatz von Pestiziden sowie naturnäheren Wäldern. In einem ersten Schritt sollen nun 610.000 Unterschriften gesammelt werden (zehn Prozent der Wahlberechtigten).

Ist diese Hürde genommen, kann der Landtag das Gesetz entweder beschließen oder bei einem Volksentscheid die Wahlberechtigten über eine Annahme abstimmen lassen.

Ein erstes Treffen zur Koordination der Aktivitäten in Braunschweig fand bereits Anfang März statt. Auf Landesebene werden noch weitere Gespräche und Verhandlungen mit den verschiedenen Akteur*innen aus Landwirtschaft und Politik geführt.

Weitere Informationen finden Sie unter www.artenvielfalt-niedersachsen.jetzt. *red*

„Gärten des Grauens“ Illegale Schotterflächen

Immer öfter verschwinden ehemals grüne Vorgärten unter Plastikplanen und grauem Geröll. Manche Vorgärten werden gleich direkt so angelegt.

Das Ergebnis: leblose, triste Einöde statt lebendiger Mini-Biotope, keine Nahrung für Insekten und Vögel, trockene Böden und noch mehr Hitze im Sommer.

Die Niedersächsische Landesbauordnung legt in § 9 (2) eindeutig fest, dass unbebaute und nicht anderweitig genutzte Flächen auf Grundstücken Grünflächen sein müssen. Somit ist das Anlegen eines Schottergartens nicht nur ein ökologisches Desaster, sondern schlichtweg illegal.

Deutschlandweit gehen Kommunen inzwischen gegen Versiegelung durch Verschotterung vor. Die Stadt Braunschweig rief 2019 dazu auf, sie über geschotterte Flächen zu informieren (E-Mail an: fb.bauordnungundzentrale.vergabestelle@braunschweig.de). Warum die Stadt illegale Schotterflächen nicht eigenständig ermittelt,

bleibt rätselhaft. Besonders entschlossen wirkt das nicht. Baute jemand ein Haus höher als genehmigt, würde auch nicht erst auf Hinweise aus der Bevölkerung gewartet, bevor eingeschritten würde!

Inzwischen wurde die Bauverwaltung über dutzende illegale Schotterflächen informiert. Sie setzt sich mit den Besitzer*innen in Verbindung und leistet Überzeugungsarbeit. „Im Extremfall“ kann sie einen Rückbau auch anordnen.

Wir bieten auf unserer Homepage ein Muster schreiben an, mit dem Sie die Stadt über ungenutzte, illegal versiegelte oder geschotterte Flächen informieren können (gerne mit Kopie an uns). Es empfiehlt sich, dafür ein Foto zu ver-

wenden, das die genaue Adresse als Dateinamen hat.

Auf die Ergebnisse sind wir sehr gespannt und wünschen allen Schottergärten baldige Wiederbelebung!

BI Baumschutz



„Wäre Siemens mein Unternehmen, hätte ich anders gehandelt“ ...

... so äußerte sich der Vorstandsvorsitzende der Siemens AG am 14.02.2020 in der Weltöffentlichkeit.

Nur wie meint er das?

Ist er es leid, die Verantwortung zu übernehmen für seine Entscheidung, den Klimaaktivisten von „Fridays For Future“ (nach den Protesten vom 10.02.2020) eine Absage erteilt zu haben, wo doch die umstrittene Beteiligung an „Adani“ aus seiner Sicht nur „ein MiniProjekt“ sei?

Nicht nur in Braunschweig, wo am 10.02. das Foto entstanden ist und wo Siemens die Technik für die Adani-Mine entwickelt, fragt man sich:

Was ist mit dem Image von Siemens als Vorreiter in Sachen „grüne Technik“? Ist für Siemens der Profit (durch derartige Aufträge) wichtiger als die Zukunft unseres grünen Planeten?

Vielleicht war das Echo für die Siemens AG ein Weckruf, in Zukunft (wieder) ausschließlich

„sauberes“ Geschäft zu machen mit in Gänze nachhaltigen Lösungen u. a. für den Schienenverkehr...

... nur leider wird nun die Adani-Mine dennoch ausgebaut, und zwar mit allen Konsequenzen:

- Mit einem genehmigten Abbauvolumen von 60 Mio. Tonnen Kohle pro Jahr über 60 Jahre wird das Steinkohlebergwerk Carmichael eines der größten Bergwerke weltweit.

- Für die abgebaute Kohle muss der Hafen Abbot Point, dessen Betreiber ebenfalls zur Adani Group gehört, erheblich erweitert werden - 1,1 Mio. km³ Schlamm sind dafür auszuheben. Nach der Erweiterung ist der Hafen 20 Kilometer vom Great Barrier Reef entfernt.

- 500 Lastschiffe pro Jahr sollen künftig zwischen Australien und Indien hin und her fahren. Voll beladen mit Kohle, mitten durch das Great Barrier Reef, das größte Korallenriff der Welt.

Für den Transport der Kohle vom Galilee-Becken zum Hafen Abbot Point soll das vorhandene Kapspur-Schienenetz genutzt und mit mo-

derner Signaltechnik von Siemens ausgerüstet werden:

- auf den ersten Blick eine gute Sache, dass die Güter nicht mit LKWs transportiert werden,

- andererseits sollte die ursprüngliche Bahnstrecke über 388 km in Normalspurweite bis zum Hafen führen, um die 60 Mio. Tonnen Kohle pro Jahr transportieren zu können. Angesichts von Finanzierungsproblemen des gesamten Projekts kündigte Adani im September 2018 an, das Abbauvolumen auf 27,5 Mio. Tonnen zu reduzieren, wozu die geringere Spurweite des Kapspur-Schienenetzes ausreichend sei.

- Das ist ein Erfolg aller Unternehmen und Banken, welche Adani die Finanzierung verweigerten.

- Schade – in diesem Sinne – dass die Siemens AG an der Fortführung des Auftrags festhält.

- **Es lohnt sich, weiter entschlossen für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern zu sein ...**

red

Attraktives Eingangstor zur Stadt Braunschweig?



Collage: Ralf Beyer

Die Umgestaltung des Lilienthalplatzes am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg ist abgeschlossen.

„Der Lilienthalplatz wird städtebaulich stark aufgewertet und kann so vor allem für die vielen Geschäftsreisenden zu einem attraktiven Eingangstor im Norden der Stadt werden“, so Stadtbaurat Heinz-Georg Leuer.

So soll der Platz künftig durch Sitzgelegenheiten und eine ansprechende Begrünung eine hohe Aufenthaltsqualität für Fluggäste und Beschäftigte bieten.

Tatsächlich entstand für 3,6 Mio. Euro ein ländlich geprägtes Einfallstor zur Stadt Braunschweig mit einer runden Weidefläche, die durch 9 wie Panzersperren anmutende Steinquader geschützt wird.

Der Rest des Lilienthalplatzes ist übersät mit 110 Pollern, wohl gedacht als Anbindungsmöglichkeiten für Fahrräder. Fluggäste und Beschäftigte, die dort die „hohe Aufenthaltsqualität“ inmitten des motorisierten Kreisverkehrs genießen sollen, wurden allerdings bisher nicht gesichtet.

Mal eben eine Tasse Kaffee im Flughafenrestaurant trinken kostet 2,00 Euro. Hinzu kommt aber eine Stunde (Minimum) Kurzzeitparkplatz für 2,20 Euro, macht zusammen 4,20 Euro.

Zum Vergleich: Eine Stunde Parken in der zentral gelegenen Tiefgarage Eiermarkt kostet 60 Cent, jede weitere Stunde 1,20 Euro.

Eine wahrhaft gelungene städtebauliche Aufwertung!

Ralf Beyer



Jugendprotest vor Siemens, Ackerstraße am 10.02.2020

Bild: Fridays For Future

Genf stoppt 5G - Vorbild Schweiz?

Eine kommunale Taktik gegen 5G ist notwendig!

Am 29.2 – 1.3.2020 haben in Kassel 60 mobilfunkkritische Bürgerinitiativen aus Deutschland (u. a. Braunschweig) und 7 EU-Mitgliedsstaaten das Netzwerk „ATTENTION 5G-DEUTSCH-LAND“ gegründet.

Über 100 Aktive diskutierten die Besorgnisse von Wissenschaftlern und Ärzten wegen des umfassenden Digitalisierungsprogramms 5G, das künftig eine Vervielfachung der Strahlenbelastung mit Mikrowellen zur Folge hätte (siehe zu 5G auch unsere letzte Ausgabe Nr. 23).

Gemeinden und Gemeindeverbände sollen angeregt werden, gemäß Grundgesetz § 20 sämtliche Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. So

können Gemeinden z. B. den Ausbau von 5G bis zu einem Unbedenklichkeitsnachweis mit einem Moratorium aufhalten. Den Netzbetreibern soll es erschwert werden, an Laternen und Ampeln 5G-ernetzende Kleinstzellen unter 10 Watt anzubringen (Quelle Diagnose:funk/Stand 2/2020). Die BIs informieren mit wissenschaftlich untermauerten Fakten über Risiken und Gefahren (s. Unser Braunschweig, Ausgabe Nr. 23, Nov. 2019). Vom Netzwerk **Stoppt 5G jetzt** - gegründet in Hurling/Bayern 2019 - stammen folgende Berichte aus der Schweiz.

Schweiz mahnt zur Vorsicht

In der Schweiz - mit den europaweit niedrigsten Grenzwerten - haben laut Bericht der f u t u r e z o n e techno-

logy news mehrere 1000 Menschen einen Bewilligungsstopp für 5G gefordert. Die Mehrheit der Schweizer möchte keine erhöhte Strahlenbelastung für Mensch, Tier und Umwelt. So entschieden mehrere Kantonsregierungen, eine Studie des Bundesamtes für Umwelt abzuwarten; die Swisscom hatte bereits - mit dem Bund als Mehrheitsaktionär - im April 2019 an 150 Orten in der Schweiz 5G in Betrieb genommen.

Mittlerweile haben einige Kantone Moratorien verhängt, und der Bund sei laut Artikel von Diagnose:funk vom 25.4.2020 bereit, die Bevölkerung in seine Entscheidungen einzubeziehen. Die Mobilfunkbranche tobt...

red
Infos unter **Stoppt 5G jetzt**



Ich bin 2015 als Geflüchteter aus Afghanistan gekommen. Damals hat Frau Merkel gesagt: "Wir schaffen das." **Jetzt betreue ich erkrankte Menschen auf der Corona-Station.** Und ich möchte Euch heute sagen: Wir geben alles. **Wir schaffen das - und zwar alle gemeinsam!**

Murtaza Ramazanzada
Krankenpflegeschüler im
Klinikum Neumarkt i.d.OPf.

Quelle: Campact e.V.

Bewegt Politik
campact!

Nach BIBS-Recherche:

Kein Ehrengrab für Hans Sommer

Die Stadt wollte ein Ehrengrab für Hans Sommer. In der Öffentlichkeit ist kaum bekannt, wer Hans Sommer wirklich war:

Dass der 1837 in Braunschweig geborene und 1922 ebenda gestorbene Mathematik-Professor war, weiß man vielleicht noch.

Dass er Komponist hochromantischer Lieder und Opern war, findet sich in der städtischen Vorlage an

den Kulturausschuss, mit dem Hans Sommer ein Ehrengrab bekommen sollte, auch noch.

Was aber in Hans-Sommer-Archiv in Berlin an Originalen schlummert, wurde von der Stadtverwaltung wohl entweder einfach nur schlecht recherchiert oder schlichtweg vergessen: Hans Sommer war eifriger Unterstützer des "Städtebezingers" General Maercker, der zuvor auch als Soldat am Völkermord der Herero in Namibia beteiligt war.

Diesem General, der in Braunschweig die Novemberrevolution niederschlug, hat Sommer extra

einen Huldigungsmarsch mit dem Titel „Heil General Maercker“ komponiert.

In seinen Briefen zeigt sich Hans Sommer als Gegner der Revolution 1918/19:

„Hochverehrter Herr General! Meine engere Heimat war der Herrschaft einer selbstsüchtigen, verworfenen Volksgruppe durch Überraschung verfallen.

Euer Hochwohlgeborenen so vortrefflich geleitetes und mit tapferen Truppen kraftvoll durchgeführtes Eingreifen hat Braunschweig aus jener schweren Bedrängnis errettet.“

Und:

„Hochverehrter Herr General! Ein Buch von hohem Werthe haben Sie mir gütigst gespendet, ein mir überaus willkommene Schilderung Ihres höchst verdienstvollen Vorgehens gegen die inneren Feinde unseres Volksthum, die schwerer wohl zu bekämpfen, als vordem der äußere Feind.“

Mit dem „inneren Feind“ meint Sommer offenbar die Braunschweiger Revolutionäre um August Merges, mit den „äußeren Feinden“ die ermordeten Herero in Namibia.

Offenbar wird im Kulturdezernat

nicht immer mit der gebotenen Sorgfalt gearbeitet, denn diese Briefe wurden bereits Ende 2018 in der städtischen Veranstaltung „Was geht Sie der Krieg an?“ öffentlich präsentiert und der zweifelhafte Huldigungsmarsch kritisch gewürdigt. Da in der Vorlage die Briefe aber plötzlich keine Erwähnung mehr fanden, musste die BIBS-Fraktion im Kulturausschuss die Inhalte verlesen. So konnte die Verwaltung nicht anders, als die Vorlage zurückzuziehen. Ein Ehrengrab für Hans Sommer ist damit zum Glück verhindert.

Sebastian Barnstorf